

390/AE XXI.GP

Eingelangt am: 2001.03.01

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dobnigg
und GenossInnen
betreffend Erhaltung der IESG - Abteilung am Standort Leoben

Per Ministerratsbeschluss vom 11.10.2000 wurde die Privatisierung des Insolvenz - Ausfallgeldfonds beschlossen. Im Zuge dieser Privatisierung ist unter anderem vorgesehen den Standort Leoben zu schließen, obwohl gewichtige Faktoren für die Aufrechterhaltung der Abteilung sprechen.

Im Vergleich mit anderen IESG - Stellen, weist die Außenstelle Leoben einen überdurchschnittlich hohen Erledigungswert auf. Dieses positive Verhältnis zwischen Mitarbeiterzahl und Enderledigungen in Leoben wird auch von der BSL Public Sector Management Beratung GmbH., die im ministeriellen Auftrag eine Organisationsanalyse erarbeitet hat, nicht in Abrede gestellt. Die Außenstelle Leoben zeichnet sich aber auch durch straffe Verwaltungsverfahren aus. So bewegt sich die durchschnittliche Verfahrensdauer der IESG - Stelle Leoben mit zwei bis drei Monaten unter dem österreichischen Durchschnitt von sechs Monaten.

Der Sprengel des Landesgerichtes Leoben ist mit 17 weiteren Bezirksgerichten der größte in Österreich. Sämtliche Agenden, die den Vollzug des IESG und die Wahrnehmung der Aufgaben für den IAF betreffen können direkt Vorort beim Landesgericht Leoben, beim Finanzamt Leoben, beim AMS Leoben, bei der Bezirkshauptmannschaft Leoben und beim Insolvenzschutzverband Leoben durchgeführt werden.

Durch die Zusammenlegung mit der IESG - Stelle Graz gingen sämtliche Vorzüge der Dienststelle Leoben verloren und für die betroffenen Arbeitnehmerinnen wird es auf Grund der weiten Anreise nach Graz sehr schwierig, wenn nicht unzumutbar sein, bei den in Einzelfällen notwendigen Vernehmungen vorzusprechen. Die beabsichtigte Zentralisierung wird sich daher vornehmlich auch zu Lasten der Kunden und ArbeitnehmerInnen auswirken.

SPÖ Abgeordneter Karl Dobnigg. kam in einer von ihm veranlassten Besprechung mit den Abgeordneten **Mag. Dr. Udo Grollitsch von der FPÖ und dem ÖVP Bundesrat Dipl.-Ing. Hannes Missethon** überein, dass eine gemeinsame parlamentarische Initiative zur Erhaltung der IESG - Abteilung am Standort Leoben gestartet werden soll Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten den nachfolgenden

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird aufgefordert, alle Schritte zu setzen um die IESG - Abteilung am Standort Leoben zu erhalten."

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit und Soziales